SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Politische Modernisierung und Elitenwandel 1848-1997: die europäischen Gesellschaften im intertemporal-interkulturellen Vergleich

Best, Heinrich

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Best, H. (1997). Politische Modernisierung und Elitenwandel 1848-1997: die europäischen Gesellschaften im intertemporal-interkulturellen Vergleich. *Historical Social Research*, *22*(3/4), 4-31. https://doi.org/10.12759/hsr.22.1997.3/4.4-31

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Diese Version ist zitierbar unter / This version is citable under:
https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-291497

Historical Social Research, Vol. 22 — 1997 — No. 3/4, 4-31

Politische Modernisierung und Elitenwandel 1848-1997 Die europäischen Gesellschaften im intertemporal-interkulturellen Vergleich

Heinrich Best*

Abstract: This paper explores the prospects and problems of a long-term analysis of political recruitment in several European countries, based on data provided by the DATA-CUBE project. Time series for France (Best, Graham), the Netherlands (Seeker), Italy (Cotta, Mastropaolo, Verzichelli), Germany (Best, Hausmann, Schmitt) and Norway (Eliassen and Sj0vaag) show a developmental pattern partly deviating, partly corresponding to basic hypotheses of political modernisation theory. The assumption that political modernisation, in terms of elite recruitment, fosters the stability of representative democracies is challenged.

I.

Im folgenden Beitrag werden einige Grundannahmen der Modemisierungstheorie - und hier insbesondere der Theorie politischer Modernisierung - mit den Befunden eines internationalen Forschungsprojektes konfrontiert, in dem der Wandel parlamentarischer Repräsentation in insgesamt elf europäischen Ländern über einen Zeitraum von bis zu 150 Jahren - von der Revolution von 1848 bis zur Gegenwart - verfolgt wird.[1] Dies ist in mehrfacher Hinsicht ein

* Address all communications to: Heinrich Best, FSU Jena, Institut für Soziologie, Otto-Schott-Straße 41, D-07740 Jena.

Überarbeitete und erweiterte Fassung eines Vortrages, der im September 1996 im Rahmen des 28. Deutschen Soziologentages vor der Ad-hoc-Gruppe „Historisch-komparative Analysen zu Demokratisierungsprozessen in demokratischen Gesellschaften" gehalten wurde. Die Primärerhebungen der Datenreihen, die in diesem Beitrag vorgestellt werden, sind teilweise durch nationale Einrichtungen der Forschungsförderung - im Fall Deutschlands durch die DFG - gefördert worden. Die Koordination des internationalen Verbundprojektes wird durch einen Zuschuß der European Science Foundation unterstützt. Den forschungsfördernden Einrichtungen sei an dieser Stelle gedankt.

[1] Zur konzeptuellen und empirischen Anlage des Projektes vgl. demnächst Heinrich

ambitiöses und riskantes Unterfangen. Auf der einen Seite macht es die fehlende Geschlossenheit der Modernisierungstheorie, die jüngst noch einmal von Johannes Berger diagnostiziert wurde, schwer, aus ihr falsifizierbare Sätze abzuleiten, die den profanen Mitteln empirischer Kontrolle durch Aggregatdaten zugänglich sind.[2] Auf der anderen Seite ist die Datenbasis der Modernisierungsforschung - auch wenn durch gemeinsame Anstrengungen mehrerer Forschungsgruppen Vorstöße in Richtung auf eine in den methodischen Instrumenten bis auf die Ebene der Einzelindikatoren abgestimmte Komparativistik unternommen wurden - noch immer durch Inkonsistenzen, die Unschärfe vieler Indikatoren und schmerzliche Datenlücken beeinträchtigt.[3] Dies gilt insbesondere für nichtökonomische Indikatoren. Die Modernisierungsforschung entwikkelt sich, wie das von ihr untersuchte Phänomen selbst, als eine Spannungsbeziehung zwischen Vorläufern und Nachzüglern. Ich werde darauf mit Blick auf das hier behandelte Forschungsfeld im Weiteren noch näher eingehen.

Doch zunächst zum theoretischen Ausgangspunkt der Untersuchung: die Modemisierungstheorie ist - wie vielfach konstatiert und auch kritisiert wurde - noch immer ein nur locker verbundenes Ensemble von Bereichstheorien und Einzeltheoremen, in dem bedeutende Teilaspekte - wie etwa die Frage nach dem Ob und Wie der Synchronisierung verschiedener Modernisierungslinien oder nach den Ursachen struktureller Innovationen - bislang kaum systematisch geklärt wurden.[4] Solche Fragen werden gern der „empirischen Analyse" überantwortet, die doch, wenn man dem Paradigma theoriegeleiteter Forschung verpflichtet ist, auf die formalen und inhaltlichen Selektionskriterien theoretischer Propositionen angewiesen ist. Was sich tatsächlich als Grundlage für eine vergleichende modernisierungstheoretische Forschung überwiegend konventional konsolidiert hat, sind Sammlungen von Aussagen über Bereiche, inhaltliche Ausprägungen und Entwicklungsrichtungen von Wandlungsprozessen. Sie bieten immerhin einige Anhaltspunkte für die empirische Überprüfung.

Modernisierungsprozesse sind danach tiefgreifende, „revolutionäre" Veränderungen, die in mehreren Dimensionen und auf verschiedenen Ebenen alle

---

Best u. Maurizio Cotta „Elite Transformation and Models of Representation since Mid-nineteenth century: some theoretical considerations", in: dies. (Hrsg.), The European Representative: 150 years of European parliamentary representation in comparative perspective, Bd. 1 (in Vorbereitung). Vorfassung als Arbeitspapier präsentiert auf der Conference on the Transformation of Political Representation in Europe: Parliamentary Elites from 1848 until 1998, Jena 3 July - 6 July 1997. Vgl. Auch Heinrich Best, „A Comparative Analytical Data-Base for Research into Historical Parliamentary Leadership Groups", in: Jean-Philippe Genet (Hrsg), Standardisation et échange des bases de données historiques, Paris 1988, S. 255-263.

[2] Johannes Berger, „Was behauptet die Modemisierungstheorie wirklich - und was wird ihr bloß unterstellt?", in: Leviathan, H. 1 (1996), S. 46.

[3] Vgl. Heinrich Best u. Helmut Thome, „Die Bedeutung von Daten der historischen Statistik für die soziologische Forschung", in: Niels Diederich u.a. (Hrsg.), Historische Statistik in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1990, S. 27-38.

* Vgl. Berger, Modernisierungstheorie, insbs. S. 47ff. Hier auch weitere Literatur.

gesellschaftlichen Teilbereiche erfassen. Dabei wird Interdependenz, in radikaleren Varianten der Modernisierungstheorie sogar gleichgerichtete Synchronität der verschiedenen Modernisierungszüge unterstellt. Weiterhin wird Modernisierung als ein progressiver, irreversibler und globaler Vorgang konzipiert, in dem weniger entwickelte Gesellschaften die Eigenschaften weiter entwikkelter Gesellschaften übernehmen.[5] Antizipiert man nach diesen Annahmen die Charakteristiken der Zeitreihen von Modernisierungsindikatoren, dann sollten sie linear-progressiv verlaufen und - à la longue - konvergieren; dies sowohl im Hinblick auf die Entwicklung gesellschaftlicher Teilbereiche wie auf die Annäherung der Nachzüglergesellschaften an das Entwicklungsniveau der Pioniergesellschaften. Auch wenn episodische Abweichungen von diesem Grundmuster in der Theorie zugelassen sind, sollten Zyklus, Regreß, Stagnation und Divergenz als langfristige Verlaufsformen in den virulenten Modernisierungsbereichen nicht vorkommen.

Dem gesellschaftlichen Teilbereich der Politik, von dem in diesem Beitrag speziell die Rede sein soll, kommt in modernisierungstheoretischen Ansätzen besondere Bedeutung zu.[6] Für Talcott Parsons bildete die „demokratische Assoziation", d.h. die repräsentative Demokratie, die letzte strukturelle Innovation in der Abfolge evolutionärer Universalien - und es ist bezeichnend, daß sich an dieser Stelle und nicht etwa in den Passagen über Markt- und Geldwirtschaft seine berühmte Prognose findet, daß die kommunistischen Gesellschaften im Wettbewerb der Systeme letztlich unterliegen würden.[7] Auch für Daniel Lerner gehörte ein Repräsentativsystem selbstverständlich zu den Merkmalen der Modernität entwickelter Gesellschaften.[8] Die Liste der Fundstellen läßt sich problemlos verlängern und man gelangt schließlich zu Vorläufern der Modernisierungstheorie, wie Thorstein Vehlen oder John Stuart Mill, als den „klassischen" Vertretern einer weniger empirisch denn ontologisch begründeten Überzeugung, daß weltwirtschaftliche Verflechtung, Technik, Wissenschaft und politische Emanzipation eine Einheit bilden, die nur unter erheblichen sozialen Kosten aufgebrochen werden kann.[9]

Als prägnantestes Beispiel für die fatalen Folgen einer mißglückten „Synchronisierung" von sozialökonomischer und politischer Entwicklung gilt die Geschichte Deutschlands zwischen 1848 und 1945, die in verschiedenen Argu-

---

[5] Ebd., S. 51.

[6] Samuel Huntington und Jorge Domínguez, political Development", in: Fred Greenstein u. Nelson Polsby (Hrsg.), Handbook of Political Science, Bd. 3, Reading/Mass. 1975, S. 1-114.

[7] Talcott Parsons, „Evolutionäre Universalien in der Gesellschaft", in: Wolfgang Zapf (Hrsg.), Theorien sozialen Wandels, 4. Aufl. 1979, S. 54-74.

[8] Daniel Lerner, Modernization" in: International Encyclopedia of the Social Sciences, Bd. 10, 1968, S. 386-^02.

[9] Thorstein Vehlen, Imperial Germany and the Industrial Revolution, New Brunswick 1990 (Orig. 1915); John Stuart Mill, Principles of Political Economy, Oxford u. New York 1994 (zuerst 1848).

mentaüonslinien zur These eines deutschen „Sonderwegs" zugespitzt wurde, einer „für Deutschland spezifischen und brisanten Koexistenz zwischen sozialökonomischer Modernisierung einerseits und fortdauernden vorindustriellen Strukturen in Gesellschaft, Staat, Kultur andererseits".[10] Die These vom „deutschen Sonderweg" hat bei aller Versenkung in nationale Besonderheiten jedoch eine verallgemeinerbare und durch komparative Forschung faßbare Komponente, die auf das Interdependenztheorem der Modernisierungstheorie verweist verschiedene Züge des Modernisierungsprozesses stützen sich demnach wechselseitig - Störungen in diesem Interdependenzgefüge gelten als Ursachen von schwerwiegenden Krisen.[11] Die Frage nach dem Zusammenhang zwischen sozioökonomischer und politischer Modernisierung und hier konkret nach den Bedingungen für die Kontinuität und Diskontinuität repräsentativer Regime ist ein zentrales Anliegen des interkulturell vergleichenden Projektes, das die Datengrundlage für diesen Beitrag geliefert hat.

An dieser Station der Argumentation stellt sich das Indikatorenproblem. Gesucht ist ein Satz von Merkmalen, der es ermöglichen soll, eine gesellschaftliche und politische Ordnung als Konstellation von „traditionellen" und „modernen" Elementen zu charakterisieren und den Wandel ihres Mischungsverhältnisses nach gesellschaftlichen Bereichen differenziert zu verfolgen. Trotz einer langen Tradition der Modernisierungsforschung enthält diese Auswahlentscheidung noch immer ein Element der Willkür. Ein theoretisch präzise definiertes Indikatorenuniversum, anhand dessen das Tempo, das Ausmaß und die Reichweite gesellschaftlicher Modernisierung verbindlich bestimmt werden könnten, steht nicht zur Verfügung.[12]

Für Untersuchungen des Politikbereichs entfaltet jedoch Samuel P. Huntingtons Konzept der „politischen Entwicklung", das die Theorie der gesellschaftlichen Differenzierung in geradezu paradigmatischer Weise auf politische Ordnungen anwendet, einen zumindest heuristisch bewährten Orientierungsrahmen für die Auswahl und Ordnung von Modernisierungsindikatoren. Auch wir folgen diesem Ansatz, weil er zentral auf die hier vor allem interessierende Frage nach dem Verhältnis von gesellschaftlichem Wandel und Elitenwandel zielt.[13]

Den Ansatzpunkt von Huntingtons Analysen bilden Veränderungen in den Stadt/Land-Beziehungen: „One critical political result of modernisation is the

---

[10] Jürgen Kocka, „'Der deutsche Sonderweg' in der Diskussion" in: German Studies Review, 5(1982), S. 369.

[11] Vgl. zuletzt George Steinmetz, „German exceptionalism and the origins of Nazism: the career of a concept", in: Ian Kershaw u. Moshe Lewin, Cambridge/UK 1997, S. 251-285; grundlegend: Dietrich Rüschemeyer, „Partielle Modernisierung", in: Zapf, Theorien, S. 382-396 (Anm. 7).

[12] Dazu ausführlichen Heinrich Best, „Politische Modernisierung und parlamentarische Führungsgruppen in Deutschland 1867-1918", in: Historical Social Research, 13,1(1988), S. 11-16.

[13] Samuel P. Huntington, Political Order in Changing Societies, New Haven u. London 1968.

gap it produces between countryside and city. This gap... is the primary source of political instability in such societies and a principal, if not the principle obstacle of national **Integration".**[14] Der Prozeß der Modernisierung vollziehe sich auf der Elitenebene typisch als Übergang von einer „Anfangsstufe" traditionaler Stabilität, in der eine kleine Gruppe aristokratischer Grundbesitzer über die Masse der Bauern herrscht, in einen instabilen transitionalen Zustand, in dem eine „städtische Mittelschicht" mit den traditionalen ländlichen Eliten rivalisiert. Dabei werde in wechselnden Bündnis- und Konfliktkonstellationen zunächst die ländliche Elite entmachtet und dann, nach der Einbeziehung der politisch mobilisierten Bauern in modernisierende Reformen, die Herrschaft der Stadt und der **„Urbanen"** Werte zur Grundlage einer neuen „modernen Stabilität". Diesem „Sollschema" eines Ablaufs politischer Modernisierung liegt die Vorstellung einer sequenziellen Verkettung von sozioökonomischem Wandel und Veränderungen auf der Ebene der Eliten zugrunde, obwohl Huntington keinen Determinismus und keine hierarchische Beziehung zwischen dem Sozialsystem und der politischen Ordnung im Sinne einer Überbau-Unterbau Relation annimmt. Wandlungen im Sozialsystem können seiner Auffassung nach ebenso von der politischen Ordnung ausgehen wie umgekehrt. Doch sind die Entmachtung der ländlichen Eliten und die Durchsetzung städtischer Herrschaft und Werte über das Land notwendige Etappen auf dem Weg zu einer demokratischen Ordnung.

In zunehmend komplexen und heterogenen Gesellschaften hängen die Leistungsfähigkeit und Stabilität politischer Systeme dann entscheidend von ihrer Integrationsfähigkeit ab. Dieser Aspekt wird bei Huntington unter dem Begriff der „politischen Institutionalisierung" abgehandelt. Der Grad der Institutionalisierung eines politischen Systems wird durch die Anpassungsfähigkeit, Komplexität, Autonomie und Kohärenz seiner Organisationen und Verfahrensweisen bestimmt. Eine partizipatorische Demokratie kann danach nur entstehen und überdauern, wenn sowohl die politische Beteiligung der Bevölkerung wie auch der Grad der Institutionalisierung der politischen Ordnung hohe Werte erreichen. Ein niedriger Institutionalisierungsgrad führt dagegen zur Ausbildung „prätorianischer" Systeme, die dadurch gekennzeichnet sind, daß in ihnen soziale Großgruppen mit ihren spezifischen, aber außerinstitutionellen Mitteln direkt in das politische Geschehen eingreifen und dadurch eine permanente Instabilität erzeugen.

Realhistorisch vollziehe sich „politische Modernisierung" als ein mehrschichtiger Prozeß, der sich in die Teilvorgänge der „Rationalisierung der Autorität", die „Differenzierung von Strukturen" und die „Ausweitung politischer Partizipation" gliedern lasse. Die Säkularisierung der ideellen Grundlagen politischer Macht, die Befreiung von äußerer Bestimmung durch Götter und Schicksal, allgemein: ein grundlegender Orientierungswandel von Hinnahme zum Handeln charakterisiere die „Rationalisierung der Autorität". Auf der

[14] Ebd., S. 72.

Ebene der Eliten müßte sie etwa als Übergang von einem eher askriptiven zu einem eher leistungorientierten Modus der Rekrutierung nachzuweisen sein. Die „Differenzierung von Strukturen" vollziehe sich als ein Prozeß der Ausbildung funktional spezifischer Herrschaftsinstanzen. Den Antrieb für eine Spezialisierung der Bereiche der Machtausübung bilden die wachsende Komplexität der Gesellschaft und wachsende Anforderungen an die Regierungstätigkeit. Zugleich erhöht die Differenzierung neuer Funktionen und die Entwicklung spezialisierter Strukturen den Integrationsbedarf politischer Ordnungen. Obwohl Huntington nicht explizit auf diesen Zusammenhang eingeht, legen es seine Argumente nahe, die Zentralisierung von Macht als den wichtigsten Integrationsmechanismus einzuführen. Auf der Ebene von Eliten müßte sich die Differenzierung von Strukturen als die Ausbildung spezialisierter Rollen beobachten lassen. Dies wird auch durch Max Weber nahegelegt, der eine Typologie „politischer Figuren" entwarf, die sich auf einem Kontinuum plazieren lassen, dessen Pole sich nach dem Grad ausrichten, in dem die Politik die „Lebensorientierung" zentral bestimmt.[15] Zugleich wird von Weber eine historische Entwicklung diagnostiziert, die auf die Durchsetzung des Typs des hauptamtlichen Politikers zielt, und zwar jener Variante, die auch im Sinne „ökonomischen Erwerbs" von der Politik lebt. Die Stichworte, unter denen Weber diesen Vorgang abhandelt, sind „Spezialisierung", „Rationalisierung" und „Scheidung der öffentlichen Funktionäre". Damit nimmt Weber ein Argument N. Luhmanns vorweg, der darauf verweist, daß sich das politische System primär auf der Ebene von Rollen ausdifferenziert, „so daß in hohem Maß erkennbar ist, ob eine Rolle (etwa die des Beamten, des Abgeordneten, des Parteisekretärs, des Wählers, des Gesuchstellers) dem politischen System zugerechnet wird".[16]

Die Ausweitung politischer Partizipation hat schließlich von Huntingtons Komponenten politischer Modernisierung den unmittelbarsten empirischen Bezug. Sie vollzieht sich zum einen formal als Ausweitung des aktiven und passiven Wahlrechts, zum anderen im gesellschaftlichen Normensystem als Nivellierung sozialer Zugangsbarrieren für eine politische Betätigung, wie etwa ständischer Prärogativen oder des Bildungs- und Berufsstatus. Auch die Ausweitung politischer Partizipation erhöht die Anforderungen an die Integrationsfähigkeit des politischen Systems, denn mit der Entstehung eines „Massenmarktes" wachsen die Zahl, die Mobilisierungs- und die Konfliktfähigkeit von Anspruchsgruppen.

Veränderungen der Stadt-Land-Beziehungen, politische Institutionalisierung. Rationalisierung der Autorität, Differenzierung von Strukturen und Ausweitung der Partizipation bilden die grundlegenden Dimensionen politischer Moderni-

---

[15] Max Weber, „Politik als Beruf", in: Gesammelte politische Schriften, 3. Aufl., Tübingen 1971, S. 515 (orig. 1919).

[16] Niklas Luhmann, „Soziologie des politischen Systems", in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 20 (1968), S. 706.

sierung, denen wir in einer ersten Stufe der „Übersetzung" in empirisch erfaßbare Sachverhalte Makrovariablen wie Urbanisierung, Sekundarisierung, Säkularisierung, zugeschriebene versus leistungsbezogene Rekrutierungskriterien, in einem zweiten Schritt dann die Indikatoren unserer Untersuchung zuordnen. Tab. 1 gibt eine Gesamtübersicht über die empirische Umsetzung des Konstrukts der politischen Modernisierung, die zugleich den weiteren Gang der Argumentation strukturiert.

II.

Den empirischen Focus der Untersuchung bilden die Prozesse und Strukturen parlamentarischer Repräsentation auf nationaler Ebene. Das ist eine konventionelle Orientierung, die vordergründig mit relativ wohletablierten Forschungstraditionen und einer vergleichsweise guten Verfügbarkeit von Daten gerechtfertigt werden kann. Wichtiger sind jedoch konzeptuelle und theoretische Überlegungen. Parlamentarische Repräsentation ist eine institutionelle, wenn auch keine lineare Verlängerung gesellschaftlicher Macht- und Konfliktstrukturen in die politische Arena. Sie bildet gewissermaßen ein Scharnier zwischen Gesellschaft und Politik, wobei parlamentarische Führungsgruppen eine Schnittmenge verschiedener Teileliten, ein mixtum compositum von Vertretern konkurrierender Anspruchsgruppen bilden. Zugleich sind sie involviert in Entscheidungen von weitreichender Bedeutung in einer Vielzahl unterschiedlicher Politikfelder. Die Untersuchung parlamentarischer Repräsentation hat deshalb mit Vermittlungs- und Entscheidungsprozessen zu tun, wobei die soziale Zusammensetzung der parlamentarischen Führungsgruppen auf beide Aspekte des repräsentativen Prozesses verweist: Auf der einen Seite ermöglicht sie Aussagen über die Bindungen von Abgeordneten an Interessengruppen, lokale Milieus und Wertegemeinschaften, auf der anderen Seite gibt sie Hinweise auf Dispositionen in Entscheidungssituationen, die in Sozalisationserfahrungen, persönlichen Interessenorientierungen und Karrierekalkülen begründet sind.[17]

Der Untersuchungszeitraum, der hier überblickt wird, setzt im Jahr 1848 an, einer der Schlüsselperioden („critical junctures") der europäischen Geschichte die den Beginn der repräsentativen Demokratie in weiten Teilen West- und Mitteleuropas markiert. Die politische Mobilisierung großer Teile der Bevölkerung, Wahlrechtserweiterungen, Versammlungs- und Meinungsfreiheit ein Machtgewinn der Parlamente, die Formierung von Parlamentsfraktionen entlang den Konfliktlinien ideeller und materieller Interessen und ihre Verbindung mit Parteiorganisationen im Hinterland bildeten eine Konstellation, in der sich erstmals die wichtigsten Elemente repräsentativer Demokratien verbanden. Es

[17] Vgl. Heinrich Best, Die Männer von Bildung und Besitz. Struktur und Handeln parlamentarischer Führungsgruppen in Deutschland und Frankreich 1848/49, Düsseldorf 1990, S. 27ff.

Tabelle 1. **POLITISCHE MODERNISIERUNG: DAS INDIKATORENUNIVERSUM**

Modernisierungsdimensionen	Makrovariablen	Indikatoren (Auswahl)	Erwartete Richtung der Veränderung
Veränderung der Stadt/Land Beziehungen	Sekundarisierung	Landwirte im Hauptberuf	-
		Unternehmer im Haupfberuf	+
Institutionalisierung	Systemintegration	Leitende Parteiämter	+
		Regierungsämter	+
Differenzierung von Strukturen	Professionalisierung/ Karrierisierung	Partei/Verbandsfunktionäre im Hauptberuf	+
		Hauptberuf im Staatsdienst	-
		Mandatsalter	+
	Zentralisierung	Wohnort im Wahlkreis	-
		Kommunale Ämter	-
Rationalisierung der Autorität	leistungsorientierte vs. askriptive Kriterien der Rekrutierung	Adelstitel	-
	Säkularisierung	Kirchliche Bindung	-
Ausweitung der Partizipation	Bildungsstatus	Hochschulabsolventen	-
	Geschlecht	Frauenanteil	+
	Klasse	Arbeiteranteil	+

trifft sicherlich zu, daß diese Konstellation ephemer war und auf wenige Regionen in Europa begrenzt blieb, aber sie bestimmte die Agenda und markierte das Ziel für einen Prozeß politischer Modernisierung, der am Ende alle Europäischen Länder erfaßte. Der lange historische Zyklus von der Homogenität monarchischer Ordnungen, wie sie am Ende der Napoleonischen Kriege in Europa wiedererrichtet worden war, über die vielfältige Multilinearität der Entwicklungen zu pluralistischer Demokratie und Parlamentarismus - einschließlich ausgedehnter Perioden diktatorischer Herrschaft in einigen Ländern - zu der neuen demokratischen Homogenität des gegenwärtigen Europa, das sich weithin zu Prinzipien und Praktiken der repräsentativen Demokratie bekennt, definiert den Zeitrahmen und Inhalt unserer Untersuchung. Der Blick auf die „longue durée" des Wandels der parlamentarischen Repräsentation in Verbindung mit einem vergleichenden Datendesign, das es ermöglicht auf identische oder zumindest äquivalente Indikatoren zuzugreifen, bildet den neuen und besonderen Zugriff unseres Projektes.[18]

Modernisierungsforschung ist ihrem Ansatz gemäß diachron-interkultureller Vergleich aggregierter Daten. Berücksichtigt man ferner, daß Modernisierung einen nach gesellschaftlichen Bereichen differenzierten Verlauf nimmt, daß also Konfigurationen partieller Modernisierung, lead-lag Konstellationen und episodische Regressionen auftreten können, ist der DATA-CUBE, die dreidimensionale Datenmatrix, das dieser Forschung angemessene Datenmodell. Ein Datencubus, in dem 48 Indikatorenreihen aus 11 europäischen Ländern über maximal 150 Jahre hinweg verfügbar sind, bildet auch den gemeinsamen Zielpunkt des Projektes „Elitentransformation und Modelle der parlamentarischen Repräsentation in Europa", über das hier berichtet wird. Es ist dies ein arbeitsteiliges Vorhaben der Zusammenführung, Standardisierung, Aggregierung und - in Fällen von ausgedehnten Lücken - auch der Nacherhebung von Daten, an dem etwa 30 Wissenschaftler beteiligt sind. In einigen Fällen liegt die Primärerhebung der Daten Jahrzehnte zurück.

Unser Unternehmen wird durch die Modelle und Konzepte inspiriert, die Stein Rokkan seit Mitte der 60er Jahre zu einem umfassenden Forschungsprogramm verbunden hat. Sein erster Entwurf für ein Indikatorentableau zur Analyse der politischen Entwicklung Europas enthält bereits einen Abschnitt über politische Rekrutierung, die er als Schlüsselinstitution für den Prozeß gesellschaftlicher Integration betrachtete, d.h. hier der Etablierung von gleichen Bedingungen für den Zugang zu Positionen, Werten und Ressourcen einer Gesellschaft.[19] Obwohl Rokkan bereits 1967 eine eindrucksvolle Liste von Forschungsprojekten über politische Eliten zusammstellen konnte, blieben lange Zeit alle Versuche, eine integrierte Datenbasis für die historisch-vergleichende

[18] Vgl. Hierzu demnächst Best u. Cotta, Elite Transformation (Anm. 1).

[19] Stein Rokkan, „Die vergleichende Analyse der Staaten- und Nationenbildung: Modelle und Methoden", in: Wolfgang Zapf (Hrsg.), Theorien, S. 228-252 (orig. Engl. 1967, Anm. 1).

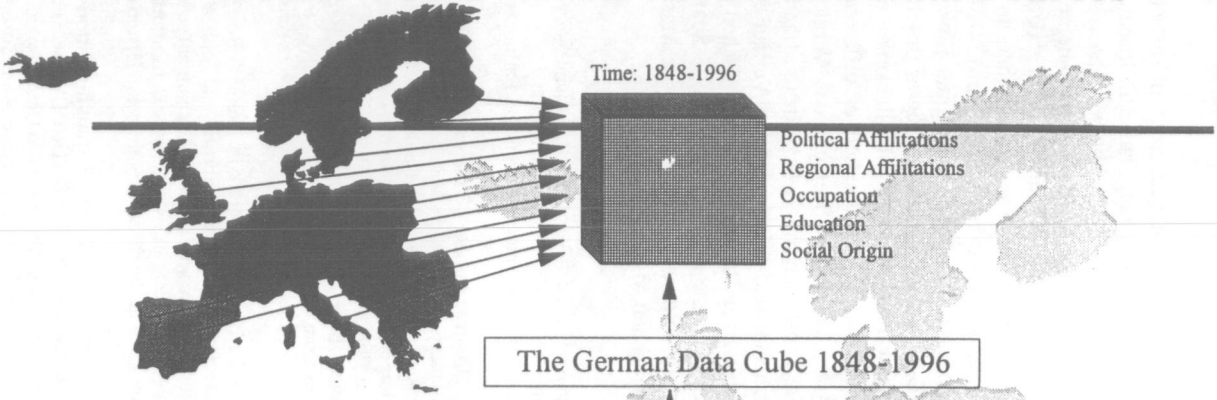
Elitenforschung aufzubauen, erfolglos. Politische Eliten bildeten einen weißen Fleck im Rokkanschen Archipel, während die Forschung über die Entwicklung des Wohlfahrtsstaats, die Wahlrechtserweiterungen und die Formierung von Parteiensystemen florierte.

Das DATA-CUBE-Projekt beabsichtig hier einen bedeutenden Fortschritt, obwohl es noch an vielen Stellen einer Baustelle gleicht, auf der Gründungsarbeiten im Gange sind, während andere Stockwerke bereits bezogen werden können. Dieser Stand der Dinge bestimmt auch das Programm der Datenrevue, die hier vorgestellt wird: Zeitreihen, die den Untersuchungszeitraum abdecken, sind für Deutschland, die Niederlande, Italien und Norwegen verfügbar, im Fall Frankreichs reichen die zusammenhängenden Indikatorenreihen von 1848/1871 bis 1940.[20] Für die anderen beteiligten Länder sind gegenwärtig nur Einzeldaten und Zeitreihensegmente im CUBE-Format abrufbar. Trotz dieser Beschränkungen und Defizite eröffnet die gegenwärtige Datenlage Möglichkeiten eines Vergleichs, der den Regeln von John Stuart Mills „method of differences" folgend, verallgemeinerbare Aussagen zuläßt Das Szenario des Vergleichs kombiniert drei große europäische Flächenstaaten mit zwei kleineren Ländern, drei Politien die einen diskontinuierlichen und krisengestörten Verlauf ihrer politischen Entwicklung aufweisen mit zwei stabilen parlamentarischen Demokratien, zwei Länder, deren Parteiensysteme durch konfessionelle Spaltungen überformt wurden, mit drei Ländern, in denen sich der politische Massenmarkt in kofessionell weitgehend homogenen Milieus etablierte.

---

[20] Die Datenquellen sind für
Italien: Maurizio Cotta, Alfio Mastropaolo und Luca Verzichelli, „Parliamentary Elite Transformations along the Discontinuous Road of Democratization";
Norwegen: Kjell A. Eliassen u. Marit Sjavaag, „Democratisation and Parliamentary Elite Recruitment in Norway";
Niederlande: Wilhelmina P. Secker, „Representatives of the Dutch People. The Smooth Transformation of the Parliamentary Elite in a consociational Democracy";
Deutschland: Heinrich Best, Christopher Hausmann und Karl Schmitt, „Challenges, Failures and Final Success: The Winding Path **of** German Parliamentary Leadership Groups towards a Consensually Unified Elite 1848-1998".
Alle Papiere wurden auf der „Conference on the Transformation **of** Politicai Representation in Europe: Parliamentary Elites from 1848 until 1998. Jena 3 July - 6 July 1997" vorgestellt und sind zur Publikation in dem von Best und Cotta vorbereiteten Sammelband vorgesehen (vgl. Anm. 1).
Frankreich: Datenquelle für die Periode der Zweiten Republik ist Heinrich Best, Die Abgeordneten der Assemblée nationale **Constituante.** Sozialprofil und legislatives Verhalten, Köln 1983; für die Dritte Republik der von James Q. Graham aufgebaute Datensatz „French Legislators 1871-1940", der beim Inter-University Consortium for Politicai and Social Research archiviert ist und durch das Zentrum für Historische Sozialforschung bereitgestellt wurde.
An dieser Stelle sei den Datenarchiven allgemein und dem Zentrum für Historische Sozialforschung insbesondere für ihre Arbeit gedankt. Der DATA CUBE wäre über die Gründungsarbeiten nicht hinausgelangt, wenn die internationale Gemeinschaft der Datenarchive nicht die Voraussetzungen für kumulative und komparative Sozialforschung geschaffen hätte.

The "DATA CUBE": Data Model and Data Sources



The German Data Cube 1848-1996

Aggregation of individual data into "CUBE format":
49 times series, broken down into "party families"

"BIORAB": Biographical data of members of the Frankfurter National Assembly and German Reichstag 1848-1933
Principal Investigator: H. Best (Jena)

"BIOBUND": Biographical data of German Bundestag 1949-1996
Principal Investigators:
K. Schmitt, Ch. Hausmann (Jena)

Archival Sources

Biographical Handbooks

HDG-Data Base

III.

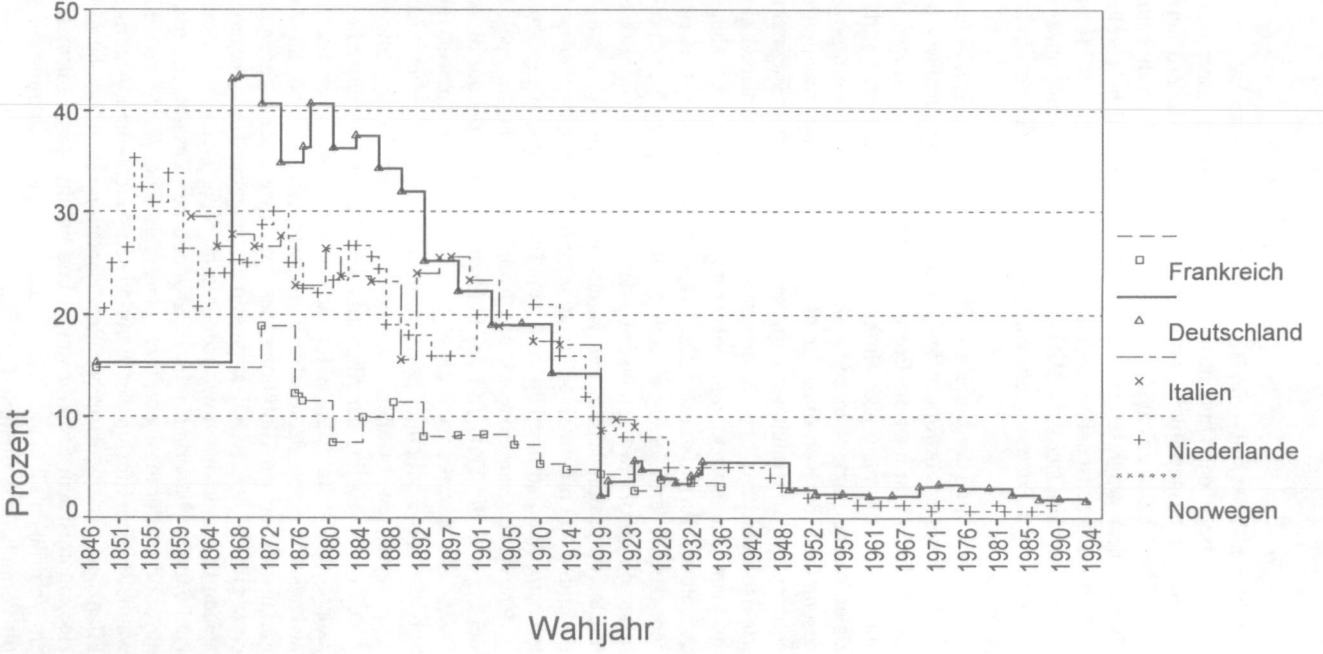
An diesem Punkt soll - mit Blick auf das hier abgesteckte Forschungsfeld - die Ausgangsfrage der Untersuchung noch einmal präzisiert werden: Läßt sich, anhand der ausgewählten Indikatoren politischer Modernisierung der langfristige Wandel der Rekrutierung parlamentarischer Führungsgruppen in Europa als ein linear-progressiver und konvergenter Prozeß beschreiben, in dem sich Nachzüglergesellschaften dem Entwicklungsniveau von Pioniergesellschaften angleichen? Hat sich - im Hinblick auf die Rekrutierungsmuster - als Ergebnis eines solchen Prozesses ein europäischer Typus der politischen Elite herausgebildet?

Die Antworten der Empirie auf diese Fragen bestätigen in ihrer Tendenz, was die Modernisierungsforschung in anderen Zusammenhängen wiederholt erfahren mußte: Wenn man die Ebene allgemeiner Trendaussagen und im Hinblick auf ihre Erwartungen „bewährter" Wachstumsindikatoren verläßt, läßt sich sozialer Wandel nur selten und eher ausnahmsweise als ein progressiver Prozeß beschreiben, der von einer „traditionalen" Ausgangssituation in Richtung zunehmender Modernität verläuft. Regression, Zyklus, Stagnation und die hartnäckige Persistenz bzw. Neuentstehung von Unterschieden sind häufig und - auf dem Hintergrund modernisierungstheoretischer Annahmen - unerwartet auftretende Verlaufsmuster. Die Frage stellt sich, ob solche Befunde das Konzept der Modernisierung als solches und hier speziell der politischen Modernisierung obsolet werden lassen, oder ob sie sich in ein erweitertes Deutungsmuster einpassen lassen, das Modernisierung als ein komplex verbundenes Ensemble von progressiven Wandlungsprozessen, gegenläufigen Restaurationstendenzen und strukturkonservativen Stabilisierungselementen konzipiert.

Am ehesten vereinbar mit den Annahmen der Theorie politischer Modernisierung sind die Verläufe jener Indikatorenreihen, die auf die Veränderung der Stadt-Land-Beziehungen, die Rationalisierung der Autorität und die Ausweitung der Partizipation im besonderen Hinblick auf die Geschlechterdifferenzierung verweisen. In allen untersuchten Politien ist im Langfristvergleich der Anteil des Adels und der Abgeordneten, die bei ihrem Eintritt in das Parlament hauptberuflich im Agrarsektor tätig waren, von unterschiedlichen Ausgangsniveaus auf einen Residualwert geschrumpft, während der Anteil weiblicher Parlamentarier seit Einführung des Frauenwahlrechts zugenommen hat. Gleiches gilt für den Anteil konfessionell ungebundener Abgeordneter in jenen beiden Fällen, in denen wir über entsprechende Datenreihen verfügen: Deutschland und die Niederlande. In der abgehobenen Zusammenschau ergibt sich hier ein modernisierungstheoretisch plausibles Bild der longue durée des Elitenwandels: eine Erosion der traditionalen Macht- und Autoritätsstrukturen als Pflanzbett parlamentarischer Repräsentation, eine Synchronisierung von sozioökonomischem Strukturwandel und unmittelbarer Interessenrepräsentation, ein Vordringen säkularer Orientierungen und eine Öffnung der politischen Elite für vormals benachteiligte Gruppen.

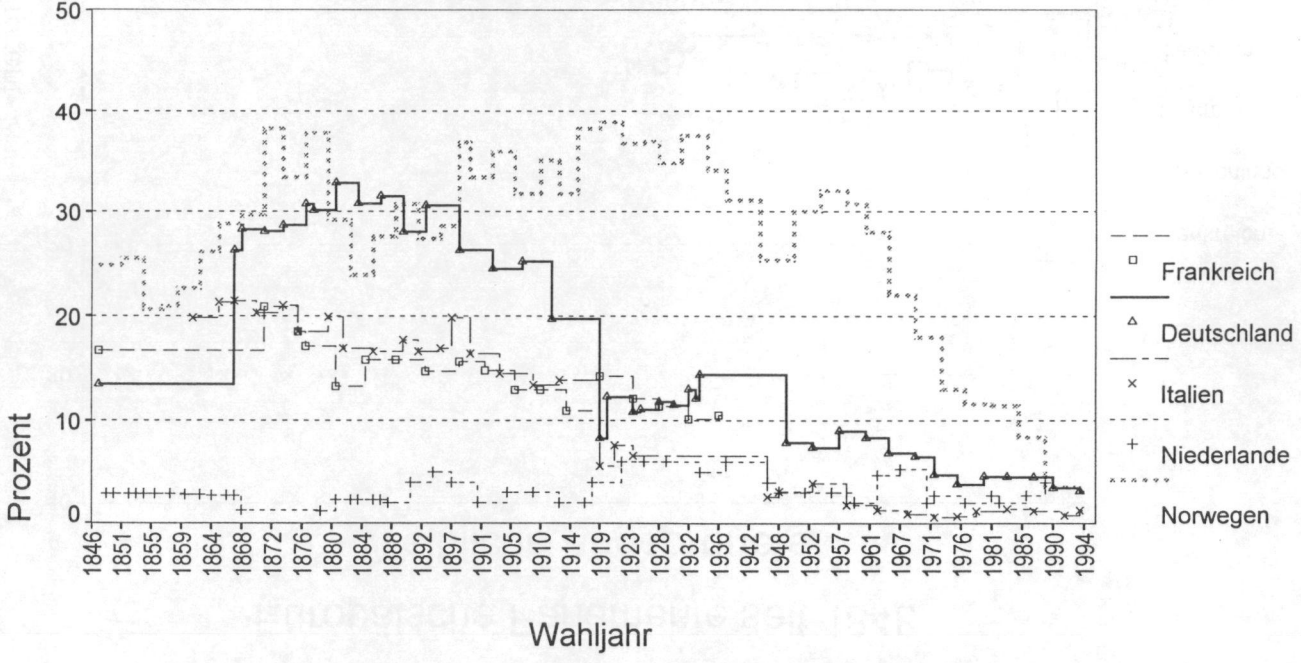
Europäische Parlamente seit 1848

Adelige Abgeordnete



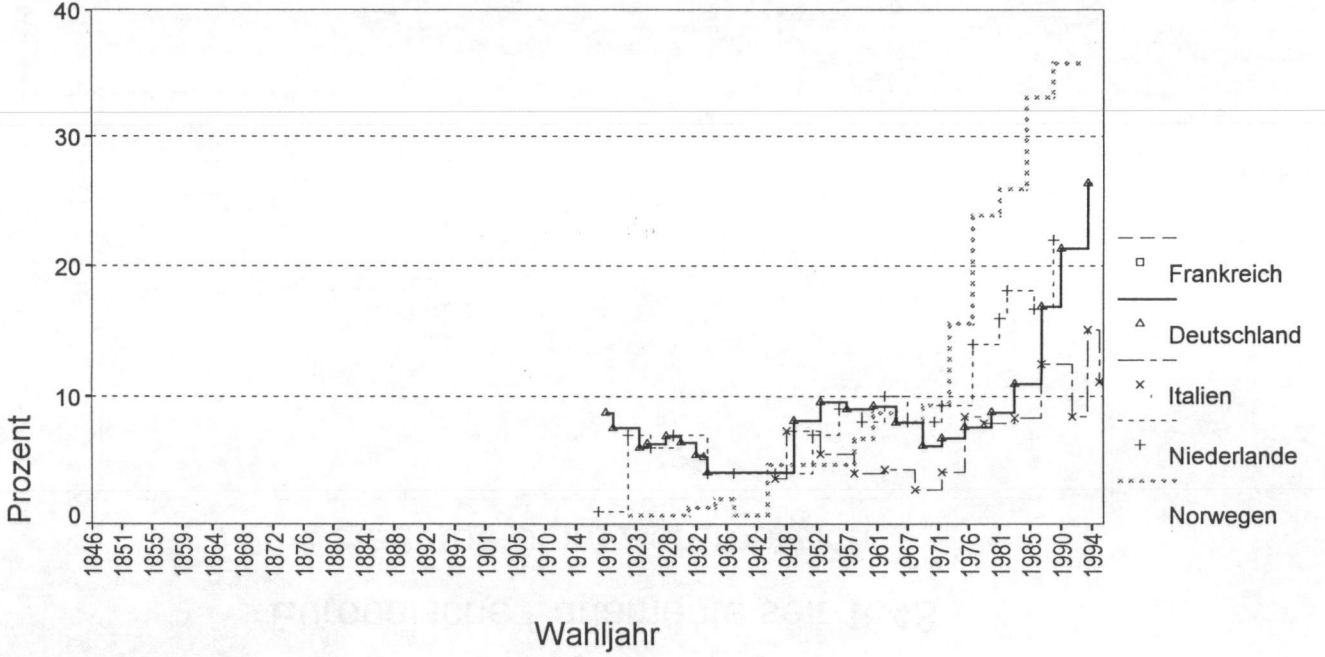
Europäische Parlamente seit 1848

Hauptberuf im Agrarbereich



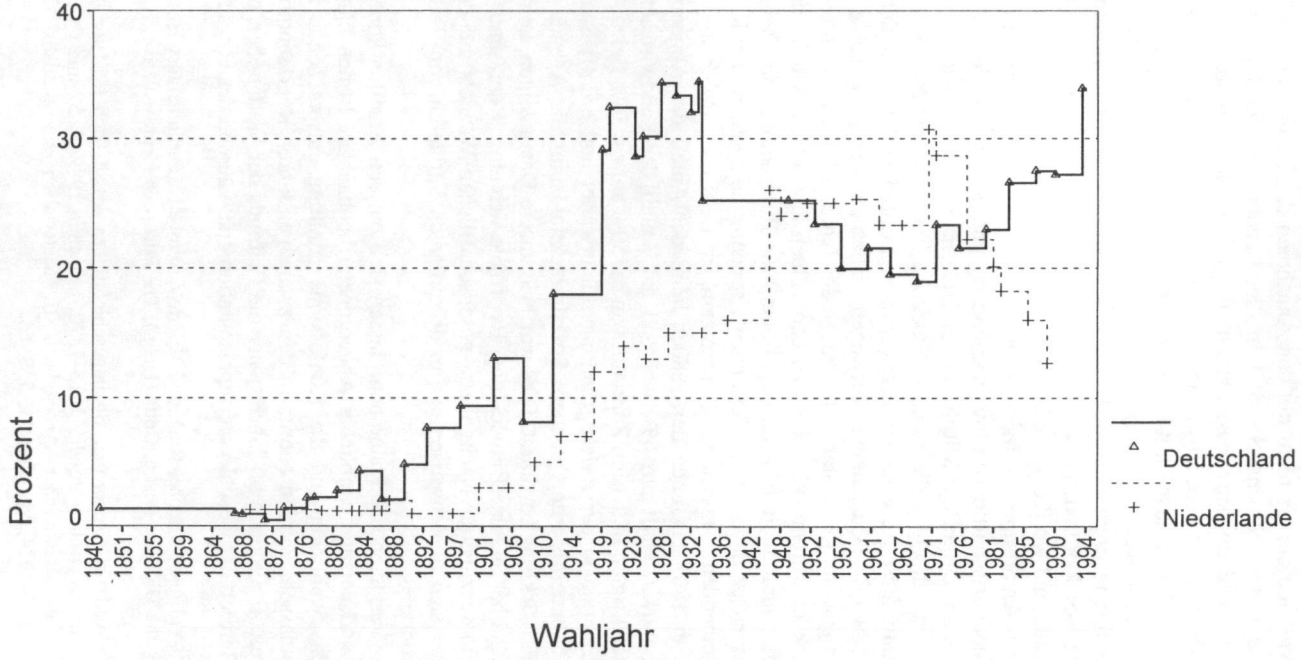
Europäische Parlamente seit 1848

Weibliche Abgeordnete



Europäische Parlamente seit 1848

Konfessionslose Abgeordnete



Doch in der Naheinstellung zeichnen sich selbst bei diesen Indikatorenreihen Verläufe ab, die nicht mit den Annahmen der Theorie politischer Modernisierung vereinbar sind: So nahm in allen Ländern, für die Daten verfügbar sind, in unterschiedlichen Phasierungen, in variierendem Umfang und in deutlicher Abweichung vom allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungstrend der Anteil von Abgeordneten mit landwirtschaftem Hintergrund in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zunächst zu oder blieb zumindest über Jahrzehnte konstant. Selbst in England, dem Pionierland der industriellen Revolution, das seit den 1820er Jahren den Übergang zur parlamentarischen Regierungsweise vollzogen hatte und wo durch Aufhebung der Getreidezölle im Jahr 1846 die Märkte für den Agrarimport weitgehend geöffnet worden waren, stellten Abgeordnete mit landwirtschaftlichem Interessenhintergrund noch bis in die 1870er Jahren mehr als ein Drittel der Mitglieder des Unterhauses und bildeten bei den Konservativen eindeutig die modale Kategorie.[21] In den Ländern Kontinentaleuropas kann diese Abweichung vom erwarteten Entwicklungstrend nicht, wie die Zeitreihen für Deutschland, Norwegen, Italien und die Niederlande zeigen, mit den ungewöhnlichen Startbedingungen des Jahres 1848 oder Wahlrechtsänderungen erklärt werden. Was sich hier beobachten läßt ist ein Muster defensiver Interessenpräsentation, nach dem - um hier Terminologie der Zeit zu variieren - zunächst nicht die „gefährlichen", sondern die „gefährdeten Klassen" den entstehenden „Massenmarkt" besetzten. Im Deutschen Reich stieg beispielsweise von 1867 bis Ende der 1880er Jahre der Anteil der Abgeordneten aus der Landwirtschaft um 6%, während der Anteil der Landwirtschaft an den Beschäftigten in diesem Zeitraum von ca. 50% auf ca. 36% fiel.[22] Anders als viele Liberale in der Reichsgründungszeit erwartet und erhofft hatten, hatte nicht Parlamentisierung, sondern Sozialprotektionismus die Agenda der politischen Entwicklung bestimmt. Dies war, wie unsere Daten zeigen, keine auf Deutschland beschränkte Entwicklung. Es öffnete sich eine „Repräsentationslücke", d.i. ein verzögerter Nachvollzug gesellschaftlichen Wandels auf der Elitenebene, der sich phasenweise auch in diskordanten Verläufen von Zeitreihen manifestierte.

Vergleichbare Phänomene lassen sich bei den Anteilen konfessionell ungebundener und weiblicher Abgeordneter beobachten. In den Ländern, in denen das Wahlrecht und die Konfessionsverteilung entsprechende Beobachtungen zulassen, wurden bereits in den zwanziger Jahren Repräsentationsniveaus erreicht, die noch 50 Jahre später die Plafonds der Wertereihen bildeten und im Bereich der Geschlechterrepräsentation erst während der vergangenen 15 Jahre

---

[21] **Vgl. jetzt Michael Rush und Valerie Cromwell, „Parliamentary Elite Recruitment in the UK", in: Best u. Cotta (Hrsg.), The European Representative, Table 1 (vgl. Anm. 1).**

[22] **Wolfram Fischer u.a., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch** I. **Materialien zur Statistik des Deutschen Bundes 1815-1870, München 1982, S. 52 und G. Hohorst u.a., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch** n. **Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870-1914, München 1975, S. 66.**

nachhaltig durchbrochen wurden. Auch bei formaler Durchsetzung von Partizipationsrechten läßt sich eine verblüffende Widerständigkeit von Rekrutierungsmustern beobachten, die in den etablierten Ungleichsordnungen und der Machtorganisation der europäischen Gesellschaften verankert sind. Diese Erscheinung zeigt sich auch im Hinblick auf den Adel, dessen politische Position durch massive Wahlrechtserweiterungen zunächst unerschüttert blieb und an den Wahlurnen massendemokratisch bestätigt wurde.[23] Besonders eindrucksvoll zeigt sich dies wieder im Fall Deutschland, wo der Adelsanteil in den Vertretungen des Norddeutschen Bundes und des Kaiserreichs bis weit in die 1880er Jahre hinein um die 40% fluktuierte und damit ein Repräsentationsniveau erreichte, das seinem Anteil an den Offizierskorps der deutschen Armeen in diesen Jahren entsprach.[24]

Nun kann man trotz theoretisch erklärungsbedürftiger Verzögerungen und episodischer Regressionen mit Blick auf die bislang betrachtete Indikatorenreihen argumentieren, daß sich in Europa auf lange Sicht doch ein Entwicklungszug in Richtung auf die Moderne durchgesetzt hat. Dabei bestätigt sich im Hinblick auf die Adels- und Landwirtschaftsanteile das Konvergenztheorem, im Hinblick auf die Entwicklung des Frauenanteils die Synchronitätsannahme der Modernisierungstheorie - hier im Sinne eines annähernd zeitgleichen Takeoffs, bei dem die beiden kleinen Demokratien die Führung übernommen haben. Besonders markant verlief der Wandlungsprozeß in Deutschland zwischen den 1890er und 1920er Jahren, wo sich bereits im Institutionengefüge des Kaiserreichs ein grundlegender Umbau der Repräsentationsmuster vollzog, der sich im Übergang zur Weimarer Republik lediglich beschleunigte. An anderem Ort konnte gezeigt werden, daß sich dieser Wandel - wenn auch mit unterschiedlichen Verläufen - innerhalb der großen politischen Konfliktgruppen vollzog und nicht allein durch das Hinzutreten neuer Parteien und hier insbesondere der Sozialdemokratie erklärt werden kann.[25] Aus dieser Perspektive wirkt der Prozeß parlamentarischer Rekrutierung wie ein Schleuse, die mit einiger Verzögerung das Entwicklungsniveau der politischen Elite auf das anderer gesellschaftlicher Sektoren hebt.

Kann also der langfristige Wandel der Muster parlamentarischer Rekrutierung in Europa als ein Prozeß verzögerter politischer Modernisierung gedeutet werden? Die Evidenz der Befunde verschiebt sich in grundlegender Weise, wenn man das Tableau der Modernisierungsindikatoren erweitert und nun auch die Dimensionen Institutionalisierung und Differenzierung von Strukturen in

---

[23] Arno Mayer, Adelsmacht und Bürgertum. Die Krise der europäischen Gesellschaft, München 1984.

[24] Detlef Bald, Der deutsche Offizier. Soziale und Bildungsgeschichte des deutschen Offizierskorps im 20. Jahrhundert, München 1982.

[25] Heinrich Best, „Mandat ohne Macht. Strukturprobleme des deutschen Parlamentarismus 1867-1933", in: ders. CHrsg.), Politik und Milieu. Ergebnisse der Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich, St. Katharinen 1989, S. 175-222.

die Betrachtung einbezieht. Dabei erweisen sich der Zyklus und die fluktuierende Beharrung als die gegenüber dem progressiven Prozeß dominierenden Verlaufsformen der Indikatorenreihen.

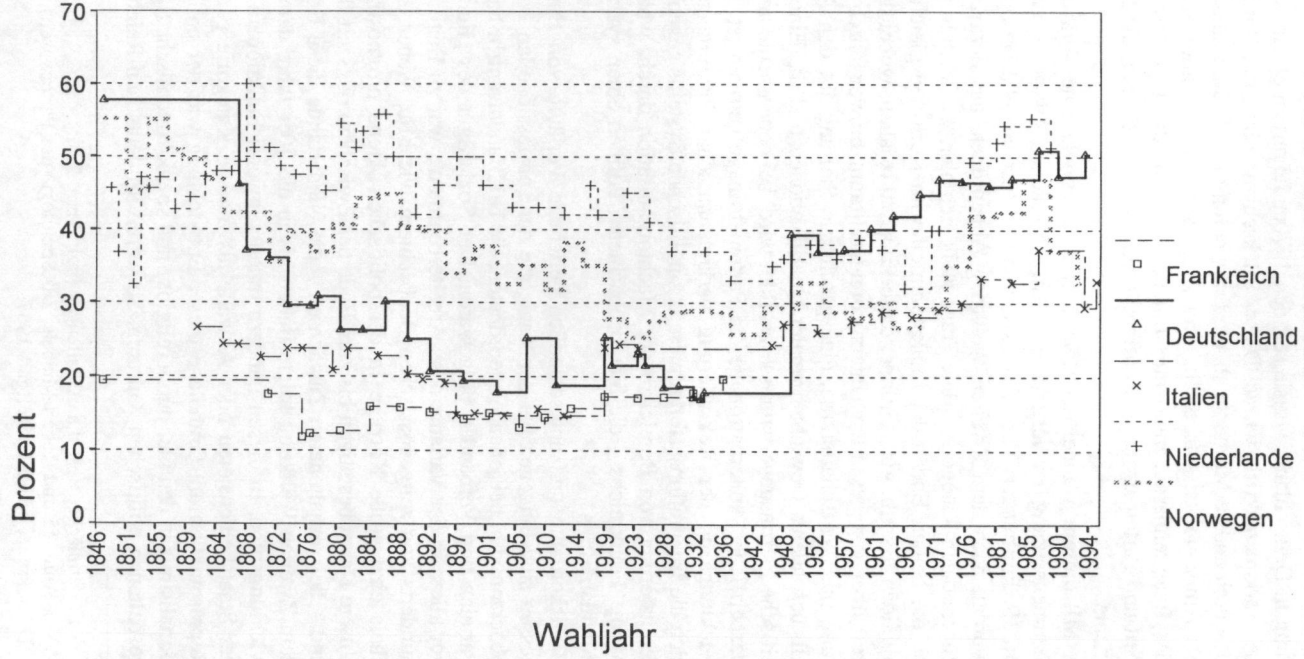
Ein charakteristisches Beispiel für einen zyklischen Verlauf bietet die Wertereihe für die Zugehörigkeit zum Staatsdienst, die als ein Indikator für eine „Fusion von Funktionen" (Pierre Birnbaum), für eine Überschneidung von Bereichen der staatlichen Machtorganisation interpretiert werden kann. Entsprechend dem Differenzierungstheorem der Modernisierungstheorie wäre zu erwarten, daß sich hier eine Entflechtung im Sinne von Max Webers Diktum von der „Scheidung öffentlicher Funktionäre" vollzogen hat. Tatsächlich bestätigt mit der Ausnahme Frankreichs die Entwicklung bis zum zweiten Weltkrieg diese Bewertung: Von z.T. sehr hohen Ausgangswerten zu Beginn des Untersuchungszeitraums sanken die Anteile der Angehörigen des öffentlichen Dienstes an den parlamentarischen Führungsgruppen und konvergierten in den 1930er Jahren in einem relativ schmalen Wertebereich. Der Funktionswandel parlamentarischer Repräsentation von einer konfliktarmen und in der etablierten gesellschaftlichen Machtorganisation verankerten Honoratiorenvertretung zum scharfen Positionskampf um materielle und ideelle Interessen verdrängte den durch vielerlei Rücksichtsnahmen und Loyalitätspflichten gebundenen Staatsdiener aus den parlamentarischen Vertretungen. Formale Beschränkungen politisch-oppositioneller Artikulationsmöglichkeiten für Staatsbeamte, wie der ab 1888 in Preußen geltende Putkamerische „Maulkorberlaß" und der faktische Ausschluß von Sozialdemokraten aus Karrieren im Staatsdienst, verstärkten diese Entwicklung, ohne sie übrigens - wie unsere Daten zeigen - ausgelöst zu haben. In Frankreich war allerdings - ohne daß wir hier näher auf nationale Spezialitäten eingehen können - die „Durchstaatlichung" der Parlamente bereits während der Julimonarchie deutlich zurückgegangen, und es hatte sich dort wie in Italien ein Regime der „Übersetzung" sozialer in politische Macht etabliert, das in den Praktiken des Klientelismus und der Patronage gründete.[26] In einem solchen System übernimmt der Abgeordnete die Rolle eines Intermediärs zwischen lokalen Klientelen und dem anonymen Staat, die er am besten wahrnehmen kann, wenn er in Halbdistanz zum Staatsapparat positioniert ist. Dabei werden die „Kapazitäten" (K. Marx) der provinzialen Gesellschaft - wie etwa die Anwälte - und die Amtsträger der kommunalen Selbstverwaltung zu Leitfiguren parlamentarischer Repräsentation. Es ist bemerkenswert, daß sich dieses Regime als ausgesprochen resistent gegenüber dem Veränderungsdruck der polarisierten Massendemokratie erwies und in umfangreichen Reservaten bis in die Gegenwart überdauert hat.

Die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg sind dann in jenen Ländern, für die kontinuierliche Datenreihen verfügbar sind, wieder durch eine „Fusion der Funktionen", eine zunehmende „Durchstaatlichung" der Parlamente gekennzeichnet, wobei die Anteilswerte von Mitgliedern des öffentlichen Dienstes das

[26] André-Jean Tudesq, Les Grands notables en France (1840-1849), 2 Bde., Paris 1963.

Europäische Parlamente seit 1848

Hauptberuf im öffentlichen Dienst



Niveau des 19. Jahrhunderts erreichen. Besonders markant ist diese Entwicklung in Deutschland, wo sie seit den 1970er Jahren zu einem wichtigen Topos der Parlamentskritik wurde. Dieser Rückschwung im historischen Zyklus wurde durch andere Momente als die Entwicklung im 19. Jahrhundert angetrieben, als Amtsautorität, Staatsnähe und spezifische Qualifikationen die Grundlage des Beamtenparlamentarismus bildeten. Abkömmlichkeit, Versorgungssicherheit und Parteipatronage im öffentlichen Dienst sind heute die fördernden Elemente.

Mit diesem Wandel der Rekrutierungsbasis war eine Veränderung der Zusammensetzung der Vertreter aus dem öffentlichen Sektor verbunden. Während im 19. Jahrhundert Verwaltungsbeamte und Justizangehörige dominiert hatten, wurden nach dem Zweiten Weltkrieg Abgeordnete aus dem Bildungsbereich zur modalen Kategorie.[27] Die Frage stellt sich hier, wie auch in anderen Fällen, ob die beiden Enden der Indikatorenreihe im Kern den gleichen Sachverhalt abbilden. Es gibt gute Gründe, diese Frage zu bejahen, wobei die Gemeinsamkeit über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg durch Staatsorientierung und Wirtschaftsferne, eine geschützte Stellung auf den Arbeitsmärkten, ein besonderes Gewicht formaler Qualifikationen und die Einbindung in spezifische Patronageverhältnisse gebildet wird, bei denen heute an die Stelle landesherrlicher Ämterpatronage die Parteipatronage getreten ist. In diesem Entwicklungszug der Rekrutierung parlamentarischer Führungsgruppen setzten sich die Integrationserfordernisse des politischen Systems gegenüber einer Differenzierung von Bereichen der Machtorganisation durch, wobei - mit Ausnahme Frankreichs - die hier beobachteten Politien einen synchronen Zyklus durchlaufen.

Diskordante und unteschiedlich gerichtete Verläufe von Entwicklungsprozessen sind hingegen bei der Kategorie der „professionellen Politiker" zu beobachten, d.h. bei jenen Abgeordneten, die bei Mandatsantritt hauptberuflich in Parteien und Verbänden tätig waren. Der Sozialfigur des „Funktionärs", hier vor allem in der Variante des „Arbeiterbeamten", war zu Beginn des 20. Jahrhunderts von zeitgenössischen Beobachtern wie Max Weber und Robert Michels eine große Karriere in der politischen Arena prognostiziert worden.[28] Unsere Daten bestätigen bis zum Ende der Zwischenkriegszeit für Deutschland und - bei verhalteneren Zuwächsen - die Niederlande diese Erwartung. Nach dem Zweiten Weltkrieg folgte Italien bis in die 70er Jahre dem gleichen Entwicklungspfad. In diesen Ländern traten zeitweise Funktionäre die Nachfolge der Staatsbediensteten oder Anwälte als modale Kategorie parlamentarischer Repräsentation an. Grundlage dieser Entwicklung war der politische Konfessionalismus in den hier durch religiöse und sozioökonomische Spannungslinien gespaltenen politischen Kulturen. So waren im deutschen Reichstag von 1932

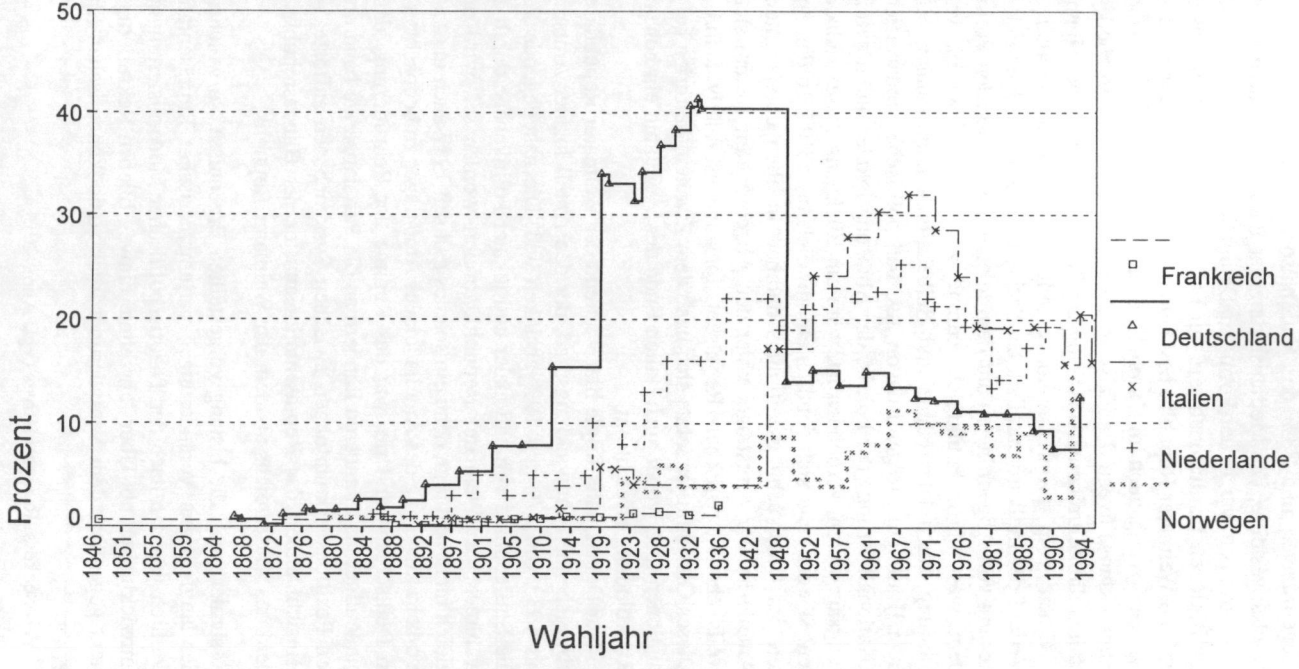
---

[27] Vgl. demnächst Best u.a., Challenges (vgl. Anm. 20).

[28] Vgl. Anm. 15 und Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, 3. Aufl., Stuttgart 1957.

Europäische Parlamente seit 1848

Hauptberuf in Parteien und Verbandsorganisationen



50% der sozialdemokratischen, 59% der kommunistischen, 40% der Zentrums-Abgeordneten und 38% der Nationalsozialisten besoldete Partei- oder Verbandsangestellte. Die Mediatisierung der Parlamente durch Parteien und Interessengruppen war in der Form der Delegation des Personals intermediärer Organisationen institutionalisiert. Im Fall Deutschland blieb dies allerdings eine auf die Weimarer Republik beschränkte Episode. Die Bundestage knüpfen hier wieder - wie ja auch im Hinblick auf die Vertretung des Staatsdienstes - an das Entwicklungsniveau des Kaiserreichs an, während in den Niederlanden und in Italien die Zeitreihen erst Anfang der 70er Jahre ihre Scheitelpunkte erreichten.

Einen vom progressiv-konvergenten Entwicklungsmodell abweichenden Verlauf der Indikatorenreihen beobachten wie auch im Hinblick auf die Verankerung von Abgeordneten auf dem lokalen und regionalen Politikbereich, also dem, was man in Frankreich „cumul" zu nennen pflegt die vertikale Ämterhäufung durch Übernahme und Beibehaltung kommunaler Wahlämter. Geht man Huntington folgend davon aus, daß politische Modernisierung mit einer „Nationalisierung" der Politik, der Ablösung lokaler durch nationale Rekrutierungsagenturen, verbunden ist, wäre ein Rückgang dieses Indikators zu erwarten. Wieder zeigt sich deutlich ein abweichendes Bild: In den ersten Jahrzehnten des Untersuchungszeitraums nahmen in allen untersuchten Ländern die Anteile lokaler Amtsträger unter den Abgeordneten zu, um sich dann auf jeweils charakteristischen Repräsentationsniveaus relativ stabil einzupendeln. Dieses Grundmuster setzte sich nach dem Zweiten Weltkrieg bei leichten Fluktuationen fort, wobei auch Italien Ende der 50er Jahre ein hohes Nivau lokaler Rückbindung erreicht hat.

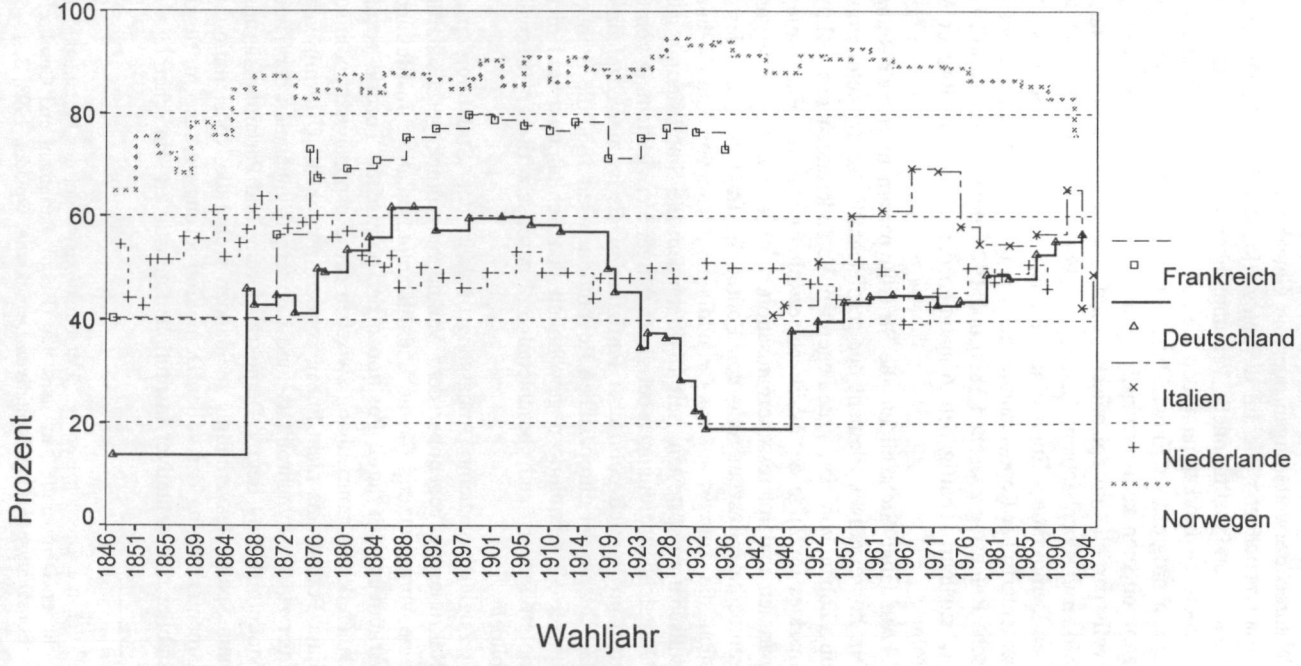
Nur Deutschland folgte hier während der Weimarer Republik einem deutlich abweichenden Entwicklungspfad, der den Anteil lokaler Amtsträger von 1918 bis 1933 von 57% auf 19% absinken ließ. Die naheliegende Vermutung, daß die Entflechtung von nationaler und lokaler Politikebene durch das Verhältniswahlrecht der Weimarer Republik forciert worden sei, wird durch den Vergleich nicht bestätigt denn ein solches galt seit 1917 auch in den Niederlanden, wo kein Rückgang des Anteils lokaler Amtsträger zu beobachten ist.[29] Was sich in Deutschland änderte, war das Regime der Rekrutierung, das Abgeordnete eindeutiger als in anderen Ländern an die Parteiapparate band und die etablierten Positionsverknüpfungen zwischen Systemebenen auflöste. Auch in dieser Hinsicht ähnelt das Repräsentationsmuster der Bundesrepublik wieder mehr dem des Kaiserreichs als dem der Weimarer Republik.

Resümiert man die bislang vorgestellten Ergebnisse, so weichen die Verläufe der langfristigen Veränderungen parlamentarischer Repräsentation in Europa deutlich von den nach der Theorie politischer Modernisierung zu erwartenden Entwicklungen ab. Über Jahrzehnte hinweg blieben Rekrutierungsmuster resistent gegenüber dem Veränderungsdruck sozioökonomischen Strukturwandels

[29] **Vgl. Seckers, Representatives (vgl. Anm. 20).**

Europäische Parlamente seit 1848

Lokale und regionale politische Ämter



und widerstanden auch der formalen Öffnung des Zugangs zum Mandat durch Wahlrechtserweiterungen oder die Gewährung von Diäten. In jenen Strukturzusammenhängen, die auf die Integration der Bereiche staatlicher Machtorganisation und institutionelle Verknüpfungen zwischen Systemebenen verweisen, blieben die Indikatorenreihen weitgehend stabil oder fluktuierten ungerichtet. Linear-progressive Entwicklung, gleichgerichtete Synchronität und Konvergenz bildeten kein langfristig kohärentes Muster des Wandels und blieben jeweils partiell und episodisch. Auch läßt sich kein Muster der Diffusion von Modernität beobachten: Gerade die „Vorläufergesellschaften" der repräsentativen Demokratie - England und Frankreich - bewahrten in den Strukturen parlamentarischer Repräsentation ausgeprägt traditionale Züge, während der Deutsche Reichstag zwischen 1890 und 1920 einen Strukturwandel erfuhr, der geradezu lehrbuchartig den Annahmen der Theorie politischer Modernisierung folgte.

Auf lange Sicht bildete die Struktur parlamentarischer Repräsentation eher ein konservatives Element der gesellschaftlichen Machtorganisation, deutlich abgehoben von den grundlegenden Veränderungen des politischen Massenmarktes im Zuge der Wahlrechtserweiterungen, der Etablierung von Massenparteien und Interessenorganisationen, neuer sozialer Bewegungen und massenmedialer Inszenierung von Politik. Es fragt sich, ob diese Entkoppelung nicht die Antwort auf das Grunddilemma war, vor dem die europäischen Gesellschaften spätestens seit 1848 standen: die Stabilisierung gesellschaftlicher Ungleichheitsordnungen bei gleichzeitiger Verwirklichung von Gleichheitsnormen im Bereich politischer Partizipation. Es ist hier bezeichnend, daß in der Geschichte der europäischen Revolutionen seit 1830 die Etablierung repräsentativer Versammlungen gewöhnlich den Schlußpunkt und nicht den Beginn tiefgreifender und beschleunigter gesellschaftlicher Umwälzungsprozesse bildete.

Zugleich scheint Anpassungsträgheit der Strukturen parlamentarischer Rekrutierung gegenüber dem Veränderungsdruck gesellschaftlichen Wandels eine Voraussetzung für die Stabilität repräsentativer Institutionen zu sein; ein Argument, das durch Positionen der politischen Theorie gestützt wird, nach denen der Zusammenhang zwischen der „Responsivität" politischer Eliten und ihrer Performanz nicht linear, sondern umgekehrt U-förmig verläuft, das aber quer zu den Synchronitäts- und Konvergenzannahmen der Theorie politischer Modernisierung liegt.[30] Demokratisierung und Parlamtarisierung stehen in einem Spannungsverhältnis zueinander, wobei die Konstellation, in der die Parlamentarisierung der vollen Demokratisierung vorausgeht für die Etablierung stabiler repräsentativer Institutionen günstig zu sein scheint.

---

[30] Vgl. u.a. Dietrich Herzog, „Der Funktionswandel des Parlaments in der sozialstaatlichen Demokratie", in: ders. u.a. (Hrsg.), Parlament und Gesellschaft. Eine Funktionsanalyse der repräsentativen Demokratie, Opladen 1993, S. 13-52.

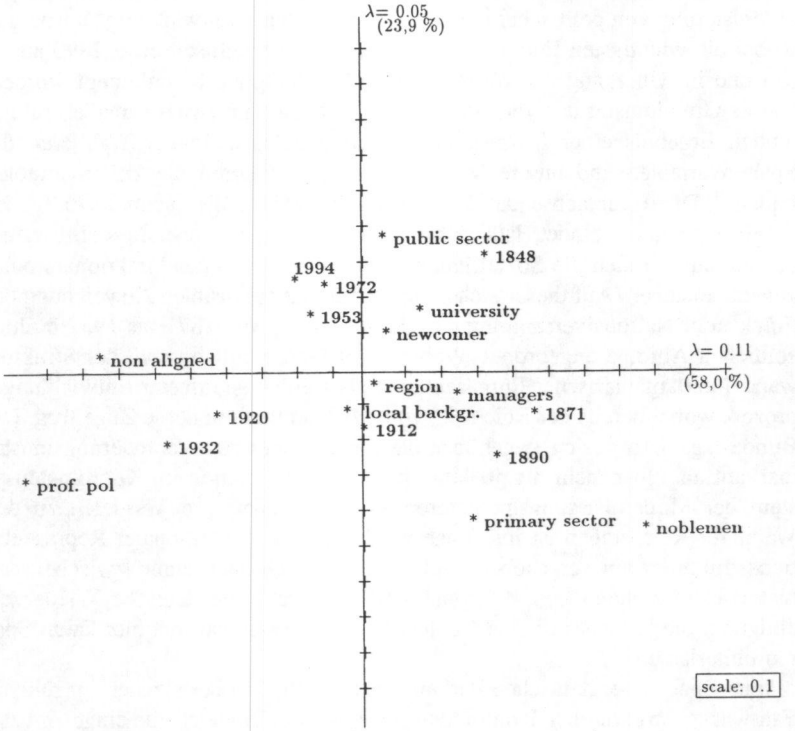
Die deutlichste Unterstützung für eine solche Deutung bildet die Entwicklung Deutschlands im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik: Hier und nur hier in Europa vollzog sich auf der Ebene parlamentarischer Führungsgruppen ein anhaltender Prozeß mehrliniger und eindeutig gerichteter politischer Modernisierung. Es ist einigermaßen paradox, daß sich dabei der „Deutsche Sonderweg" entgegen der gängigen Diagnosen gerade als eine „Synchronisierung von politischer und sozialökonomischer Entwicklung" ausprägte, wobei die wichtigsten Entwicklungszüge im Kaiserreich seit etwa 1890 ansetzen und im Übergang zur Weimarer Republik lediglich beschleunigt wurden. Dieses Grundmuster der Veränderung läßt sich auch im gewissermaßen saldierenden Ergebnis einer Korrespondenzanalyse ablesen, in der Wahljahre die Spaltenvariablen und unsere Moclernisierungsindikatoren die Zeilenvariablen bilden.[31] Die Hauptachse der Ergebniskonfiguration, die mehr als 60% des Trägheitsgewichts bindet, läßt sich als Dimension politischer Modernisierung deuten, auf der sich die Sozialfiguren des Adeligen und des Funktionärs polar gegenüberstehen. Auf dieser Achse sind - mit einer plausiblen Abweichung der Frankfurter Nationalversammlung - die Reichstage von 1871 bis 1932 in ihrer zeitlichen Abfolge angeordnet. Während 60 Jahren vollzog sich der Strukturwandel parlamentarischer Repräsentation als zeitlich geordneter Entwicklungsprozeß, wobei bereits der Reichstag von 1912 deutlich moderne Züge trug. Die Bundestage heben sich gegenüber diesem progressiven Veränderungsmuster markant ab. Über mehr als 40 Jahre hat sich ihre Position im Koordinatensystem der Modernisierungsindikatoren kaum verändert, im Vergleich zu den Weimarer Reichstagen ist ihre Lage wieder zum Pol traditionaler Repräsentationsstrukturen hin verschoben, wobei sie den Achsenabschnitt zwischen den historischen Zäsuren von 1912 und 1920 besetzen. Die deutsche Wiedervereinigung, die ja nicht nur eine Gebietsstandsänderung war, hat hier kaum Spuren hinterlassen.

Jene Epoche der deutschen Parlamentsgeschichte, in der sie sich im ruhigen Fahrwasser struktureller Kontinuität bewegte, war zugleich diejenige mit der höchsten Performanz und Stabilität repräsentativer Institutionen, während die Phase forcierter Synchronisierung von sozialökonomischer und politischer Entwicklung von schweren Krisen begleitet war und mit der Katastrophe der ersten deutschen Republik endete.

Welche Konsequenz haben diese Befunde, Beobachtungen und Deutungen für die Theorie politischer Modernisierung? Es wäre sicherlich unangemessen ein Deutungsmuster ganz aufzugeben, dessen prognostische Potenz sich jüngst so eindrucksvoll bestätigt hat und dies in wesentlichen Aussagen durch Grundlinien historischer Entwicklung gestützt wird. Dies gilt, wenngleich mit erheblichen Einschränkungen, auch für jenen Ausschnitt des Elitensystems, der den Focus unserer Untersuchung bildet. Was sich aber als notwendig erwiesen hat,

[31] Zur Methode vgl. Micheal J. Greenacre, Correspondence Analysis in Practice, London u.a. 1993. Verwendet wurde das Programmsystem SIMCA von M. Greenacre.

Modernisierungsindikatoren und Perioden der Parlamentsentwicklung in Deutschland Dimension 1 und 2



ist die Modifikation und Spezifikation einiger zentraler Teiltheoreme der Theorie politischer Modernisierung und insgesamt eine stärkere Akzentuierung der Eigenrationalität und Eigendynamik politischer Entwicklung. Abweichend vom linear-progressiven Entwicklungsmodell der Modernisierungstheorie beobachten wir in wichtigen Bereichen eher ein dialektisches Wechselverhältnis von sozialer Öffnung und Schließung, beschleunigtem strukturellem Wandel und struktureller Konsolidierung. Dies ist ein Zusammenhang anderer Art, als er in den Synchronitätsannahmen der Modernisierungstheorie behauptet wird und der eher auf die Zirkulationstheoreme der klassischen Elitentheorie verweist. Er findet seinen Ausdruck in der z.T. ausgeprägten Zyklizität einiger Indikatorenreihen und den komplexen Kontingenzen, die zwischen ihnen bestehen. Die

Armahme schließlich, daß Synchronität von sozioökonomischer und politischer Entwicklung eine entscheidende Voraussetzung für die Performanz und Stabilität repräsentativer Institutionen bilden, hat sich so nicht bestätigt. Gerade aus der Asynchronität sozioökonomischer umd politischer Entwicklung scheinen Autonomiespielräume für parlamentarische Führungsgruppen zu resultieren, die für die Etablierung und Stabilisierung der repräsentativen Demokratie genutzt werden können, wobei die Konsolidierung repräsentativer Strukturen nicht mit konservativer Politik gleichgesetzt werden darf.